

Referendum gegen Milchwirtschaftsbeschluss

Autor(en): **Lichtenhahn, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **49 (1994)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-892028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dieser Nummer von Kultur und Politik liegt ein Unterschriftenbogen bei. Benützt ihn und schickt ihn möglichst rasch zurück.

Referendum gegen Milchwirtschaftsbeschluss

Die VSBLO ergreift zusammen mit der KAG und der VKMB das Referendum gegen den Milchwirtschaftsbeschluss. Diese drei Verbände sind mit dem vom Parlament gutgeheissenen Milchwirtschaftsbeschluss nicht einverstanden, denn sie sind der Auffassung, dass nur derjenige Bauer Milchkontingent kaufen darf, der minimale ökologische Anforderungen erfüllt und seine Tiere nach den Vorschriften der kontrollierten Freilandhaltung hält. Die dringend nötige

Ökologisierung der Landwirtschaft muss in allen Bereichen gefördert werden.

Dazu kommen auch grosse Bedenken gegenüber einem Kontingentshandel ohne jegliche Rahmenbedingungen. Ein völlig freier Handel wird die Strukturen der heutigen Milchproduktion rasch und stark in Richtung Milchgrossproduzenten, die in den besten Anbaugebieten mit grosser Intensität produzieren, verändern. Der Grossteil der Bauern wird nie Kontingente kaufen können

– Betriebe mit grossen Kontingenten und Baulandbauern werden mit ihren Angeboten konkurrenzlos sein. Der Kontingentshandel muss nach Auffassung der Referendumsinitianten ökologisch und sozial verträglich sein – dazu braucht es zusätzliche Bedingungen, die im vorliegenden Milchwirtschaftsbeschluss fehlen.

Martin Lichtenhahn
VSBLO-Beauftragter für Agrarpolitik

Referendum gegen den neuen Milchwirtschaftsbeschluss

Kontingentshandel macht die Milchwirtschaft kaputt

Der neue Milchwirtschaftsbeschluss – im April vom Parlament beschlossen – hat ein erklärtes Ziel: Die Milchproduktion auf weniger, dafür grössere Milchbetriebe verteilen. Das Instrument dazu sind der Handel und die Vermietung von Milchkontingenten. Damit wird jedoch kein einziges Problem gelöst, im Gegenteil, alles verschlimmert sich: Die Landwirtschaftspolitik wird teurer, die Produktion noch weniger tier- und umweltfreundlich, und kostspielige Überschüsse verschwinden auch keine. Dafür werden Bauernhöfe durch Kuhfabriken verdrängt und Tausende von Bäuerinnen und Bauern in die Arbeitslosigkeit getrieben. Mit dem Referendum kann diese unheilvolle Entwicklung verhindert werden.

Fragwürdiger Handel mit Milchkontingenten

Die Milchkontingente wurden Ende der siebziger Jahre wegen steigenden Überschüssen eingeführt. Die Verteilung unter den Milchproduzenten war alles andere als gerecht. Die Rücksichtslosen wurden belohnt: Wer trotz Überproduktion drauflos gemolken hatte, wurde mit einem grossen Kontingent belohnt. Kleine Bauernhöfe und Bergbetriebe hatten das Nachsehen.

Mit der Einführung des Handels wird aus dem Kontingent ein Geldwert. Und wieder werden die gleichen profitieren: Grosse Kontingente bringen im Verkauf einige hunderttausend Franken. Und Kontingente kaufen können nur vermögende Bauern. Kleine Betriebe und Bergbauern, die zur Verbesserung ihrer Einkommen eigentlich auf zusätzliche Milchlieferungen angewiesen wären, gehören einmal mehr zu den Verlierern.

Auf der Verliererseite werden aber auch die Bundeskasse, die Steuerzahler und die Konsumenten stehen. Jahre- und jahrzehntelang wurde der Milchpreis mit öffentlichen Geldern gestützt, auf Kosten der Allgemeinheit. Nun aber werden Kontingentsverkäufer das Vermögen in die private Tasche stecken. Klar ist, dass der grösste Teil der Zahlungen schwarz geleistet würde, um Steuern zu hinterziehen.

Ökologie und artgerechte Tierhaltung ist keine Voraussetzung für Kontingentskauf

Wer Milchkontingente kaufen will, muss nach dem neuen Milchwirtschaftsbeschluss weder nachweisen, dass er besonders ökologisch bauert, noch dass er seine Tiere artge-

recht hält. Die Parlamentsmehrheit hat – geführt durch die Agrolobby – solche Anforderungen abgelehnt. Also gilt: Wer Geld hat, kann Kontingente kaufen. Je grösser sein Vermögen, desto mehr, denn es gibt auch keine Grenze gegen oben. Hingegen sorgt eine Limite je Hektare dafür, dass die grossen Bauern zusätzlich bevorteilt werden.

Überschussprobleme werden verschlimmert

Der Milchwirtschaftsbeschluss tut nichts, um das brennendste Problem der schweizerischen Milchwirtschaft zu lösen: die Käseüberschüsse, die jährlich mehr Subventionen verschlingen, um ins Ausland exportiert werden zu können. Die Probleme werden noch schlimmer, denn im Gleichschritt mit der Konzentration der Milchkontingente auf grosse Betriebe wird die Milchverarbeitung in grossen Fabriken zentralisiert, die auf Massenware ausgerichtet sind.

Die Folgen der Verindustrialisierung der Milch sind negativ: Das inländische Sortiment an Milchprodukten wird ärmer. Die Produktion regionaler Spezialitäten wird aufgegeben. Damit wächst die Gefahr, dass am Markt vorbeiproduziert wird. Denn Grossbetriebe können sich den Konsumenten-